

Halle-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Halle-Zeitung“ erscheint an jedem Werktag nachmittags, der monatliche Bezugspreis durch unsere Boten, Ausgabestellen ohne Beleglohn 1.40 Goldmark, durch die Post 1.60 Goldmark und 24 Goldpfennig Zustellgebühr. Einlös der Anzeigen-Annehmer: Jeden Morgen vormittags.

Die Anzeigen werden nach Kolonnen-Tafeln berechnet, die Zeile 0.21 Goldmark, Verlagsbüro: Diese Promenade 1a und 2a, Druckhausstraße 17, Druckerei: Central-Druckerei 7431, Druck-Haus: „Centralzeitung Halle-Jahrgang“, Druck-Redaktion: Centralhaus Halle, Halle a. S., Postfach-Nr. 2215, Verlagsort: Halle a. S.

Als Poincare die Zeit für gekommen hielt

Von Dr. Karl Wehmann, Koblenz.
Die russischen Archive geben ihre Schätze heraus, freilich nicht in der Vollständigkeit und in der geordneten Art, wie die deutsche Regierung die Karten der deutschen Politik von der Reichsgründung an bis zum Kriegsausbruch aufgestellt — Alt für Alt, Band für Band, jedoch keine Seite ist und der Welt vor unübersehbarer Klarheit geliefert wird, daß das neue Deutsche Reich in seinen beiden Regierungsperioden (der bismarckischen und der wilhelminischen) nichts, aber auch nichts als den Frieden wollte, und sich mit allen Mitteln für die Befreiung jeder Kriegsgefahr einsetzte.

Wie anders sich die gesamte französische Politik einschaltete seit dem Tage, an dem Gambetta rief, „immer daran zu denken, nicht davon zu sprechen“, das ist in Deutschland bekannt, die sich nicht durch Parteihass und Auslandsverhetzung den Blick für die Wirklichkeit trüben ließen, eigentlich nie ein Geheimnis gewesen. Eine große Masse hat sich freilich auch im deutschen Volk, hat sich vor allem im Ausland die Augen und das Gehör benehmen lassen. Und nun plötzlich ist es, als ob auch ihnen der Nebelvorhang weggezogen, die Binde von den Augen gerissen werde. Die russischen Archive treten als unparteiische Zeugen auf — für die Schuld Poincares und Sowollfys an Krieg und gegen die im Versailles-Friedensvertrag behauptete Verantwortlichkeit des deutschen Volkes. Eine Lüge, schlimmer hat sie die Weltgeschichte noch nicht erlebt, wird als das an den Franzosen gestellt, was sie ist: eine Lüge.

Im Juniheft der „Deutschen Rundschau“ (Gedr. Paetel, Berlin) werden diese Aktenstücke veröffentlicht. Da heißt es in einem Briefe Sowollfys, der damals russischer Botschafter und Kriegshehrer in Paris war, vom 8./21. Juli 1913:

„Nach Einleit der Ergebnisse des russischen Kriegsministeriums und meinem erklärenden Vortrag gab nach einiger Zögern Herr Poincare zu, daß zu seiner Zeit die außer-gewöhnliche internationale Lage und die politischen Konstellationen den alliierten Zielen so günstig gewesen wie gegenwärtig.“
Von dieser Unterredung gewann ich die Überzeugung, daß Herr Poincare in jeder Beziehung mit uns einig geht und den Zeitpunkt für gekommen hält, die hundertjährigen Ziele unserer traditionellen Politik zu verwirklichen und damit das europäische Gleichgewicht durch die Rückkehr der entzweiten Provinzen Elsaß-Lothringens wiederherzustellen.“

Das heißt auf gut Deutsch aus dem Russisch-Französischen überetzt: In dem zweiten Drittel des Juli 1913, also gerade ein Jahr nach dem Kriegsausbruch, hielten den russische Botschafter in Paris und der Präsident der französischen Republik (das war damals Poincare) den Zeitpunkt für den günstigsten, um für Rußland Konstantinopel und für Frankreich West- und Straßburg zu erobern.

Allerdings legen diese beiden Kriegsurheber noch große Schwierigkeiten zu überwinden; nämlich, so sehr Sowollfys als Vertreter Rußlands der Balkan am Herzen liegt, so sehr fürchtet Poincare, daß diese Gegen Europa doch französischen Willkürerleiden zu fern ist. Es kommt hinzu, daß gerade damals, im Juli 1913, der Balkan nach der bulgarischen Niederlage des rumänischen Eingreifens zu einiger Aussicht auf vorläufige Ruhe kommen zu wollen schien; daß sich also das europäische Friedensbedürfnis einer nochmaligen Beunruhigung aus jenem Wetterwind wiederlegte. Um wenigstens den in Frankreich wiederbreitenden Willen der Sozial-Radikalen umzuwenden, beschloß daher Poincare und Sowollfys, den mit russischen Rubeln beladenen Elz, der bekanntlich die höchsten Mauern erklettert, in Bewegung zu setzen. Darum schreibt Sowollfys an den russischen Außenminister Sossanow in seinem Brief vom 8./21. Juli 1913 weiter:

Regierungsbildung!

Berlin, 3. Juni. Der Reichspräsident hat sämtliche bisherigen Mitglieder des Kabinetts Marx in ihren Ämtern bestätigt.

Von der Tapferkeit der Geduld.

Universitätsprofessor D. Martin Schian (Gießen), Mitglied des heftigen Landtages, schreibt im „Darmst. Tagebl.“ (Nr. 144) u. a. folgende Sätze:

„Wenn ich an den Reichstagswahlkampf dieses Jahres zurückdenke, wenn ich mir andere Erscheinungen unseres öffentlichen Lebens vergegenwärtige, so will es mir scheinen, als sei uns in weitem Maß eine Tugend verloren gegangen, die wir am allerunwichtigsten brauchen: die Tugend der Geduld. Sie fehlt dem ganzen Volk; sie fehlt auch — und ganz natürlich nicht am wenigsten — unserer Jugend.“
Nachdem Abg. Schian die Notwendigkeit einer klaren Einschätzung der äußeren und inneren Politik beigelegt und gezeigt hat, daß nur langwierige und schwere Arbeit zu einer Besserung führen kann, schließt er:

„Alles führt auf die Erkenntnis hinaus, daß wir Geduld brauchen. Sehr viel Geduld. Nicht Geduld aus Schwäche. Nicht Geduld aus Trägheit. Nicht Geduld aus Feigheit. Sondern Geduld aus klarer Erkenntnis, aus

sorgfältiger Abwägung heraus. Geduld, die aus innerer Kraft kommt.

Jugend neigt am wenigsten zur Geduld. Und doch — sie hat es am leichtesten, sich Geduld abzunütigen, denn sie hat Jahrzehnte vor sich. Sie kann warten. Wir Älteren haben es darin schwerer. Wir haben kurze Jahre vor uns. Wir können eigentlich nicht warten. Und sehen doch ein, daß um des Vaterlandes willen Geduld not tut. Und zwingen uns zur Geduld. Und bitten die ungeduldige Jugend, daß sie gleichfalls Geduld üben lerne.“

Ein bemerkenswerter Austritt aus der Demokratischen Partei.

Der zweite frühere Vorsitzende der Deutschen Demokratischen Partei der Pfalz, Fabrikant Philipp Helfferich, ein Bruder des kürzlich verunglückten Abg. Dr. Helfferich, ist, wie die „Pfalz. Rundschau“ hört, aus der Deutsch-Demokratischen Partei der Pfalz ausgetreten. Der Austritt erregt in der Pfalz berechtigtes Aufsehen, weil schon der Vater Helfferichs der fortschrittlichen Volkspartei angehört hat. Allerdings war schon seit einiger Zeit bekannt, daß Philipp Helfferich mit der Demokratischen Partei nicht mehr konform ging. Er hat schon vor etwa einem Jahr einen Aufruf veröffentlicht, in dem er zu einem Zusammengehen der Deutsch-Demokraten mit der Deutschen Volkspartei der Pfalz aufforderte.

Charakter hat wie die franko-russische Kooperation. In diesen Tagen war im größten Geheimnis General Wilson, der Chef des englischen Generalsstabes hier. Bei dieser Gelegenheit wurden verschiedene Zukunftspläne ausgearbeitet, woran sich nicht nur die Militärs, sondern auch andere Vertreter der französischen Regierung beteiligten.“

Nicht wahr? Zu keiner Zeit war für Frankreich und Rußland die außergewöhnliche internationale Lage und die Konstellation der alliierten Ziele so günstig wie 1912/13, „um die hundertjährigen Ziele unserer (der russischen) traditionellen Politik zu verwirklichen und damit das europäische Gleichgewicht durch die Rückkehr der entzweiten Provinzen Elsaß-Lothringens wiederherzustellen.“
Konstantinopel und die Dardanellen — Mez und Straßburg — das waren die von dem Präsidenten der französischen Republik Poincare und von Sowollfys dem russischen Botschafter in Paris, vereinbarten Ziele eines Krieges, der vom Balkan aus seinen Ursprung nehmen und für den die französische Presse durch russische Rubel gewonnen werden sollte.

Das Befinden Dr. Seipels.

Das Befinden des Bundesstanzlers Dr. Seipel ist anscheinend zufriedenstellend. Die Ärgerte haben neuerlich Dr. Seipel unterzucht und das Befinden des Bundesstanzlers als zufriedenstellend erklärt. Dr. Seipel ist fieberfrei, der Puls normal. Der Zustand des Älteren Ämterbesitzer Tamoret ist ernst, aber keinesfalls lebensgefährlich.

Es haben sich Anhaltspunkte dafür ergeben, daß Tamoret, wenn nicht schon Mittschuldig, so doch Mitwisser des Morbplanes hatte. Die Subapereitungen bleiben weiterhin bei der Behauptung, daß die Subapereitungen Polizei von dem Älteren Ämterbesitzer gegen Bundesstanzler Seipel Kenntnis gehabt und rechtzeitig die Wiener Polizei gewarnt habe.

Die Wicauerträge werden verlängert.

In Brüssel bezogen sich die Verhandlungen in den Fall, daß die deutsche Ruhrindustrie die Wicauerträge, die am 15. Juni ablaufen, nicht verlängern würde. Es wurde eine vollständige Einigung darüber erzielt, daß man auf einer Verlängerung der Verträge bis zu einer generellen Regelung durch das Sachverständigenrat bestehen müsse.

Zum Niedergang der Demokratie in Deutschland.

Von Dr. Friedrich Lens, Professor an der Universität Gießen.

Als die russische Revolution des Jahres 1917 den „Verfassungsausbruch“ des Deutschen Reichstags und die „Neu-Orientierung“ des kaiserlichen Hofes hervorrief, da gelangte die deutsche Demokratie zum erstenmal in ihrer Geschichte in den Bereich staatlichen Machtgewinns. Aus der „Neuen Ära“ und jenem „Konflikt“ geboren, den Bismarck zugunsten der Krone gegen das Parlament entschied, hatte die Partei Eugen Richters im Widerspruch zum deutschen Gegenwartsstaat verharren müssen. Noch schärfer hatte der Widerspruch gegen die Sieger von Königgrätz das Antlitz jener „Eidgenössischen Volkspartei“ gezeichnet, die unter Sonnemann und Hauptmann ein Sammelgut für den deutschen Partikularismus und Anti-Militarismus warb. Vergebens war Friedrich Raumanns Versuch gewesen, machtpolitische und nationalstaatliche Ansichten dem sozialen Gedanken zu verschmelzen;

die außenpolitische Ziellosigkeit und innerstaatliche Unsicherheit unserer nach-bismarckischen Reichspolitik gaben dem nationalsozialistischen Versuch feinerer Sandbänke.

Deshalb die Abkehr von Rußland, welche im Augenblick des Sturzes Bismarcks einleitet, deutsch-demokratischen Forderungen gemäß war, blieb freilich dennoch der Geist deutscher Nationalität. Hatte der Sieg von Königgrätz die Nationalisten von den Demokraten vertrieben, so hatte Bismarck, Spaldekunst seit 1878 den „Reisner“ weiterhin gesplittet, so war namentlich im Jahre 1917, der Augenblick gekommen, die Parteifraktionen in breiterer Front einzulagern; zum Umbau der Bismarckischen Reichsverfassung fanden sich zum die Gegner des Bismarckischen Haus — Zentrum, Demokratie, Sozialdemokratie — zusammen. Aus dem Niederbruch von 1918 haben die gleichen „Mehrheitsparteien“ das Reich in die Weimarer Verfassung überführt — freilich nicht, ohne der Einzelstaaten wie auch des Rätegedankens halber ihr demokratisch-einheitsstaatliches Wunschbild erzwungenermaßen abzuwandeln.

Der Versuch, alle Kräfte außerhalb des Zentrums und der Sozialdemokratie in einer deutsch-demokratischen Einheitspartei zu sammeln, ist kaum ein Jahr alt; sein Scheitern, das die Wahl zur Nationalversammlung 1919 bereits angedeutet, haben die Reichstagswahlen von 1924 vollends offenbar gemacht. Woher dieser Niederbruch einer Partei, die 1917 bis 1919 auf den Gipfelpunkt ihrer Blüte zu gelangen schien, die unter Rathenau und Siemens so viele Wirtschaftskräfte um sich scharte, deren Presse im In- und Ausland Wiederhall findet, der auch die Lehrtätigen der Universitäten keineswegs verschlossen sind?

Der Niederbruch der demokratischen Partei kann nicht aus einer innerlichen, unheilbaren Schwäche des demokratischen Gedankens selber abgeleitet werden. Ebenweniger bräute das Unterliegen, aus der Unreife unserer Wählermassen oder aus den Tücken tabularer Klügelparteien den Verfall der Demokratie zu erklären, aus einer Lösung näher.

Die Erklärung ist vielmehr dort zu suchen, wo das Schicksal aller innerstaatlichen Fraktionen sich entscheidet: in ihrem Verhalten zur Außenpolitik, zum internationalen Schicksal ihres Volkes.
In der Tat unterscheidet sich die deutsche Demokratie unter solichem Gesichtspunkt von ihren westlichen Vorbildern. Diese bildeten sich, das England sein Königtum im Kampf mit der Demokratie die Fesseln britischer Oberhoheit abstrifte, als Frankreich seine revolutionäre Trifolone an Rhein und Schelde vortrug. Die Republik schließt mit keinem Feind Frieden, der ihr Gebiet befestigt hält, so schreiben die Franzosen in ihre tabulare Verfassung von 1793.

Wie anders unsere Demokraten. Durch den Zusammenbruch der alten Gezeiten emporkte

„Herr Poincare glaubt mit mir, daß für diesen Zweck ein sehr großes Opfer unfererseits notwendig ist. Ich wage kaum den Betrag anzugeben, 3 000 000 Franken, wovon 250 000 allein für den „Radical“, Organ des Senators Berthot.“

Herr Poincare hält die Angelegenheit für wichtig genug — man beachte: der Präsident der französischen Republik! — um diesen internationalen Teil der französisch-russischen Kriegspolitik selbst in seine Hand zu nehmen. Sowollfys schreibt in dem schon zweimal erwähnten Brief an Sossanow vom 8./21. Juli 1913: „Ich würde diese ganze Angelegenheit mit ihm in direkten Verkehr und nach Herter Beratung mit Herrn Poincare erledigen.“

Welche Angelegenheit? Die Befreiung der französischen Presse! Als was offenbar sich also Herr Poincare, damals Staatsoberhaupt der französischen Republik? Als agent provocateur des Krieges, als Leiter des französischen Befreiungsheeres!

Großere Anforderungen konnte der russische Kriegshehrer Sowollfys wohl kaum an die moralische Biegsamkeit des Gewissens des Präsidenten der französischen Republik stellen.

Wie die Befreiung vor sich gegangen ist, erzählt man aus einem Bericht des russischen Sofrats Rasfawlowitsch, durch dessen Hände die Befreiungsarbeiten aus Petersburg nach Paris gingen. Rasfawlowitsch berichtete am 20. April 1913 dem russischen Ministerpräsidenten und Finanzminister Kotowzen:

„Die Befreiung nimmt alle möglichen Formen an. Vom lukullischen Diner mit alten Weinen gegessen, in Gesellschaft schöner Weiber, welche der Gastgeber im voraus bezahlt, und mit denen der General zu ihrer Rechten die Nacht verbringt, bis zu den teuren und größeren Verdiensten: Beförderungen, Konzessionen, Schmiergelder.“

Sowollfys plaudert weiter, über Paris und Petersburg hinaus, mit dem Bild auf London in einem Brief vom 22. November/5. Dezember 1912: „Die Alliierten Englands haben eine unergieblich größere Wichtigkeit ... Zwischen dem französischen und englischen Generalstab fand nicht nur ohne Unterbrechung für alle Eventualitäten, die eintreten könnten, Vorkehrungen getroffen worden, sondern die besten Heeres- und Marineabkommen haben in den letzten Tagen eine noch größere Revolverformung erhalten, jedoch in diesem Augenblicke die englisch-französischen Militärkonventionen einen ebenso vollständigen und vollendeten

